



Übersicht Anträge in Reihenfolge nach Aufruf an die 29. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Lübeck in 05/26

Aufruf	Nr. nach Eingang	Antragsgegenstand	Antragsstellerin
1	Antrag 7	Streichung des § 218 (StGB): Schwangerschaftsabbruch endlich legalisieren und betroffene Frauen entkriminalisieren	LAG Schleswig-Holstein
2	Antrag 15	Verbesserung der Situation ungewollt Schwangerer	LAG Baden-Württemberg, LAG Bayern, LAG NRW
3	Antrag 14	Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln sowie der Ausbau einer für alle zugänglichen Verhütungsberatung, ergänzt durch die Einführung eines bundesweiten Familienplanungsfonds zur Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen	LAG Baden-Württemberg, LAG Schleswig-Holstein, LAG Bayern
4	Antrag 13	Sicherung der flächendeckenden geburtshilflichen Versorgung und Nachsteuerung des Hebammenhilfevertrags – Beleghebammen stärken, Versorgungslücken verhindern	LAG Baden Württemberg, LAG Bayern, LAG NRW
5	Antrag 25	Nationales Perinatalregister (Geburtenregister)	LAG Saarland
6	Antrag 10	Abschaffung des Ehegattensplittings – zur Überwindung tradierter Geschlechterrollen innerhalb von Ehen zugunsten einer steuerlichen Entlastung für Menschen, die Kinder versorgen	LAG Schleswig-Holstein, LAG Hessen
7	Antrag 31	Vollständige, richtlinienkonforme und wirksame Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht sicherstellen – Abschwächungen und Einschränkungen verhindern, Gleichstellung voranbringen	LAG NRW, LAG Hessen, LAG Mecklenburg-Vorpommern, LAG Schleswig-Holstein
8	Antrag 45	Erhöhung des Elterngeldes zur Förderung der Gleichberechtigung und besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Novellierung des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit sowie Einführung einer eigenständigen, bezahlten Freistellung für den	LAG Saarland, LAG Schleswig-Holstein



		zweiten Elternteil unmittelbar nach der Geburt eines Kindes entsprechend der europäischen Vorgaben	
9	Antrag 29	Förderung der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung der Wechseljahre als gesamtgesellschaftliches Thema und Einführung von Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in dieser Lebensphase	LAG Saarland
10	Antrag 22	Änderung der Geschäfts- und Konferenzordnung der BAG bzgl. Mitgliedschaft für weibliche, inter und non-binäre Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte	BAG Sprecherinnen
11	Antrag 1	Änderung der Konferenz- und Geschäftsordnung der BAG bzgl. Stimmrecht für ehrenamtlich und nebenamtlich tätige GBs auf Bundeskonferenzen	LAG Niedersachsen
12	Antrag 27	Gesetzespaket auflegen für die existenzielle Unterstützung von Alleinerziehenden und zum Abbau struktureller Benachteiligungen im Familienrecht	LAG Berlin
13	Antrag 38	Verbesserung der Versorgung von Long-Covid Betroffenen und eine geschlechtsspezifische Sicht auf Long-Covid	LAG NRW, LAG Mecklenburg-Vorpommern
14	Antrag 2	Public-Viewing-Verordnung bei Europa- und Weltfußballmeisterschaften der Frauen	LAG Niedersachsen
15	Antrag 26	Förderung der Gleichstellung und Abbau von Sexismus in der Gaming- und eSport-Szene	LAG Saarland
16	Antrag 24	Erschwerniszuschlag im TVöD für psychisch belastende Tätigkeiten analog der Erschwerniszulage für Arbeiter*innen	LAG Saarland
17	Antrag 18	Einrichtung einer bundesweiten Rechtsberatungs- und Anlaufstelle für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte	LAG Saarland
18	Antrag 20	Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG): Schutzansprüche erweitern, Finanzierung sichern, Täterarbeit fördern und Koordination stärken	LAG Bayern
19	Antrag 36	Verbindliche nationale Präventionsstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention sicherstellen – Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt bundesweit stärken	LAG NRW, LAG Hessen, LAG Mecklenburg-Vorpommern
20	Antrag 37	Entziehung des Sorgerechts eines Elternteils, welches wegen sexuellen Missbrauchs des Kindes verurteilt wurde	LAG Saarland



21	Antrag 28	Reformierung des Umgangs- und Sorgerechts zum Schutz gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder	LAG Berlin, LAG Saarland, LAG Baden-Württemberg
22	Antrag 33	Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Migrantinnen sicherstellen	LAG Berlin
23	Antrag 39	Femizid verankern als Straftatbestand ins Strafgesetzbuch; Prozesskostenhilfe und Opferentschädigungsrecht; interministerielle Arbeitsgruppe	LAG NRW, LAG Mecklenburg-Vorpommern
24	Antrag 41	Vereinheitlichung Handzeichen und Code-Wort für Frauen, die belästigt werden oder in Gefahr sind	LAG NRW
25	Antrag 4	Offizielle Kommunikation zu Gewalt gegen Frauen, anlässlich LeSuBiA	Kristina Wolff, Stadt Ludwigsburg
26	Antrag 6	Sprachliche Präzisierung der Begriffe zu sexualisierter Gewalt in StGB, PKS und Bundeslagebildern	LAG Schleswig-Holstein
27	Antrag 16	Entfristung der Auskunftssperre im Melderegister nach § 51 Auskunftssperren Bundesmeldegesetz (BMG) und Klarstellung der amtlichen Anwendungshinweise bzgl. Auflagen durch die Meldebehörden	LAG Schleswig-Holstein
28	Antrag 5	Finanzierung Hilfetelefon „Gewalt an Männern“	Wiebke Oncken, Stadt Oldenburg
29	Antrag 32	Essener Erklärung wirksam umsetzen – Gleichstellungspolitik verbindlich, finanziert und strukturell abgesichert ausgestalten	LAG NRW, LAG Hessen, LAG Mecklenburg-Vorpommern
30	Antrag 44	Überprüfung der Regelungen zu Kinderkrankentagen in Mischfamilien im Lichte des Art. 3 Abs. 1 GG	LAG Saarland
31	Antrag 8	Umsetzung des Verfassungsauftrags der Gleichberechtigung gemäß Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz / Abschaffung des Patriarchats	LAG Schleswig-Holstein
Verfristet eingegangene Anträge			